



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Fracking endlich bundesweit verbieten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zum Schutz von Grund- und Trinkwasser Fracking mit Chemikalien im Bergrecht bundesweit verboten wird.

#### **Begründung:**

Im Rahmen von Fracking mit Chemikalien ist eine Kontamination von Grund- und Trinkwasser mit chemischen Additiven möglich. Zudem besteht die Möglichkeit, dass beim Fracking vermehrt Methan als relevantes Treibhausgas an die Oberfläche oder aber ins Grundwasser gelangt. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) betonte in seiner Stellungnahme vom Mai 2013, dass die förderbaren Mengen an Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten vermutlich deutlich geringer sind, als die nach bisherigen Kriterien ermittelten Potenziale. Fracking sei energiepolitisch nicht notwendig und könne keinen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende leisten.

Die Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD erarbeitet derzeit Entwürfe zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben sowie zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes. In einem jüngst veröffentlichten Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ist ein explizites Fracking-Verbot aber offenbar nur für Wasserschutzgebiete vorgesehen.

Die Staatsregierung hat in letzter Zeit mehrere Aufsuchungserlaubnisse („Erkundungslizenzen“) für bayerische Gebiete an im Bereich Fracking aktive Unternehmen erteilt. Darunter befindet sich ein 2.600 km<sup>2</sup> großes Gebiet in der Nähe der Stadt Weiden. Die betroffene Bevölkerung in der Oberpfalz und in Oberfranken ist darüber zu Recht besorgt. Das „Bündnis Weidener Becken gegen Fracking“ fordert im Rahmen einer Online-Petition ein gesetzliches Verbot von Fracking. Die mehr als 43.000 Bürgerinnen und Bürger, die die Petition bislang unterzeichnet haben, erwarten ein klares Bekenntnis der Staatsregierung, sich für ein gesetzliches Verbot von Fracking einzusetzen.